

Orteguisten verabschieden lebenslange Haftstrafe, das letzte der Trilogie der Strafgesetze



Nationalversammlung von Nicaragua

Sie geben den Weg frei für die Schaffung strengerer Gesetze gegen diejenigen, die "Hassverbrechen" begehen, indem sie das Gesetz über lebenslange Haft verabschieden.



- [Ivette Mungua](#)
- [@lvymunguia](#)

10. November 2020

Die Nationalversammlung von Nicaragua billigte in der ersten Legislaturperiode die Verfassungsreform, die die lebenslange Haftstrafe in dem Land festlegt, die im Januar nächsten Jahres mit Beginn der nächsten Legislaturperiode für ihr späteres Inkrafttreten ratifiziert werden soll. Das sogenannte Gesetz für eine lebenslange Haftstrafe, das auf der Basis von Artikel 37 der Verfassung erfolgt, ist das jüngste in einer Trilogie von Strafgesetzen, die das Regime in den letzten Wochen vorangetrieben hat.

Mit der Reform wird dem Artikel 37 der Politischen Verfassung, der eine Freiheitsstrafe von maximal dreißig Jahren vorsieht, ein neuer Absatz hinzugefügt: "Ausnahmsweise wird die lebenslange Freiheitsstrafe gegen die wegen schwerer Verbrechen verurteilten Personen verhängt, wenn es grausame, erniedrigende, erniedrigende und unmenschliche hasserfüllte Umstände gibt, die durch ihre Auswirkungen eine geschockte Ablehnung, Empörung oder Ekel in der nationalen Gemeinschaft verursachen".

Die Verfassungsänderungen wurden durch die sandinistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung unterstützt, die argumentierten, dass die Einführung einer lebenslangen Haftstrafe dem Antrag von drei Millionen Nicaraguaner*innen entspräche, die ihre Unterschrift an das Parlament geschickt haben. Diese sind mit Druck und Erpressung zusammen gekommen, wie man nach verschiedenen Leaks hörte.

- [Bauern melden Erpressung mit Unterschriftenantrag im Austausch für medizinische Versorgung](#)
- [Regierung zwingt Staatsangestellte, leere Blätter zu unterzeichnen](#)

Die Initiative zur Reform der Verfassung begann am 15. September innerhalb der Exekutive, als der Vertreter Daniel Ortega in einer Rede an die Nation die Änderungen ankündigte, die er in den Gesetzen des Landes vornehmen wollte.

- [Nationalversammlung entscheidet für lebenslange Haft](#)
- [Orteguismo schlägt Verfassungsreform vor, um lebenslange Haft zu verhängen](#)

Die Vorsitzende des Ausschusses für Justiz und Recht, Maria Auxiliadora Martinez, wies darauf hin, dass die Verfassungsreform mit den Richtern des Obersten Gerichtshofs, der National Polizei, der Staatsanwaltschaft, Vertreter*innen des Nationalen Gefängnisystems und der Generalstaatsanwaltschaft konsultiert wurde; Institutionen, die alle vom Orteguismus kontrolliert werden. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Einführung einer lebenslangen Haftstrafe "nicht im Widerspruch

zur politischen Verfassung oder den internationalen Prozessen steht, bei denen Nicaragua als Staat Mitglied ist".

"Das lebenslange Haftstrafe ist ein rechtliches Instrument zum Schutz, zur Vorsorge und zur Rettung des Lebens", sagte der Sandinista-Abgeordnete Carlos Emilio Lépez. Ihrer Ansicht nach ist "ewige Inhaftierung ein gigantisches Schutzschild" für Frauen, weil dieses "eine vorbeugende Funktion" hat, denn das Gesetz sendet eine Botschaft der Überzeugung an die Aggressoren.

Die sandinistischen Gesetzgeber bestanden darauf, dass lebenslange Haft nur in besonderen Fällen angewandt wird und es wird "überprüfbar" (revidierbar) sein, sobald der Verurteilte sich wieder als ordentliches Mitglied der Gesellschaft verhält. Darüber hinaus argumentierten sie, dass die lebenslange Haft in 180 Ländern der Erde gültig sei. Schließlich wurde die Teilreform der Verfassung mit 70 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und 1 Enthaltungen angenommen.

Sobald die Verfassungsreform in der zweiten Legislaturperiode verabschiedet und in Kraft getreten ist, werden die sandinistischen Abgeordneten mit einer Reform des Strafgesetzbuches fortfahren.

Ein Gesetz, das Gegner bestraft

Das Gesetz über die lebenslange Freiheitsstrafe war eine Anordnung des Ortega-Regimes, nach ihren Angaben diejenigen zu bestrafen, die Hassverbrechen im Land begehen. Das Regime hat die Ermordung von Minderjährigen als Argument benutzt, obwohl feministische Gruppen das mangelnde Interesse der Regierung an der Bestrafung von Femicidios/Frauenmorde dokumentiert haben.

- **Frauen-Urteil: Ortegas "Sorge" über sexistische Gewalt ist falsch**

Organisationen, Anwälte und Gegner argumentieren dagegen, dass dieses Gesetz nichts anderes ist als eine Bestrafung, die gegen diejenigen verhängt wird, die es wagen, sich gegen das Regime zu äußern. Es sei ein Werkzeug, um Daniel Ortega an der Macht zu halten zusammen mit dem am 27. Oktober verabschiedeten Sondergesetz über Cyberkriminalität oder Gag-Gesetz (Ley de mordaza) und dem am 15. Oktober verabschiedeten Ley de Regulación de Agentes Extranjeros.

Nach der Verabschiedung dieser Trilogie der Strafgesetze billigte das Europäische Parlament am 07. Oktober einen Antrag auf Verlängerung der Sanktionen gegen Beamte des Ortega-Regimes, einschließlich des Präsidentenpaares, und forderte die Nichtannahme dieser Gesetze. Sie warnten, dass sie - sogar - die Verfahren zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Mittelamerika und der Europäischen Union einleiten könnten.

[Aprueban cadena perpetua, la última del tridente de leyes punitivas \(confidencial.com.ni\)](https://confidencial.com.ni)

